

Die „A. F.“ erscheint täglich (sonntags und Montags am Sonntag) mit den Literaturbeilagen „Frei-Willig“, „Frauen-Beitrag“ und „Der Jugend-Gesund“. Der Bezugspreis beträgt bei einer Abnahme im Voraus monatlich 2,-- M. für den Monat Februar, im Voraus jährlich, für Postbezugsnehmer einschließlich Postgebühren 24,-- M. für das Jahr. Einzelhefte 1,-- M. für das Stück. Die Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 20

Der eingetragene Korrespondent oder deren Name kostet 2,-- M. einschließlich Fernsprecher. Klein-Korrespondenten: Das eingetragene Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1/2 M. einschließlich Fernsprecher. Korrespondenten: Korrespondenten: Das eingetragene Wort 2,-- M., jedes weitere Wort 1,50 M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 30

# STREIFER

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Die Regierung verhandlungsbereit!

## Beginn der Verhandlungen

Kurz vor Redaktionsschluss wird gemeldet:

Der Reichspräsident hat dem Reichskanzler die Bitte des Vorstehenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes übermitteln, die Vertreter der Gewerkschaften zur Streiklage zu hören. Der Reichskanzler hat daraufhin dem Vorstehenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mitgeteilt, daß er bereit sei, die Vertreter der Gewerkschaften im Laufe des Nachmittags zu empfangen.

## Eine Vermittlungsaktion Leipzigs

Ueber die von uns heute morgen schon mitgeteilten Schritte der Spitzenorganisationen, die Aufhebung der Ausnahmeverordnung Eberts zu erzielen, wird vom Sozialdemokratischen Parlamentsdienst gemeldet: Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sprach gestern abend 8 Uhr beim Reichspräsidenten Ebert vor, um eine Vermittlungsaktion anzuregen. Nach dem beim ADGB vorliegenden Mitteilungen ist die Situation als äußerst kritisch zu betrachten. Brieflich wie telegraphisch wurde der Vorstand des ADGB von Betriebsräten aus allen Teilen des Reiches aufgefordert, den sofortigen Generalstreik zu erklären, um die Maßnahmen der Regierung rückgängig zu machen. Es ist zu erwarten, daß die Vermittlungsaktion Leipzigs von Erfolg begleitet ist.

Der Vorstand der U. S. D. und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nehmen heute in einer gemeinsamen Tagung zu der Lage Stellung.

## Die Stellungnahme des U. D. G. B.

Ueber die Stellung des Bundesvorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Streik der Eisenbahnbeamten erfahren wir, daß das Vorgehen der Reichsgewerkschaft einmütig verurteilt wird. Dieselbe Auffassung wird auch vom Vorstand des Freien Angestelltenbundes vertreten. Beide Vorstände der großen Arbeiter- und Angestellten-Gewerkschaften erblicken in dem Vorgehen der Reichsgewerkschaft eine unverantwortliche Mißachtung aller gewerkschaftlichen Grundregeln. Insbesondere verurteilen sie, daß die Reichsgewerkschaft der Beamten, die von der Bewegung aufs schärfste berührten Arbeiter- und Angestellten-Gewerkschaften absichtlich und systematisch völlig ausgeschaltet haben.

Die beiden Bundesvorstände stehen auf dem Standpunkt, daß eine Gruppe von Beamten überhaupt nicht das Recht für sich in Anspruch nehmen darf, einen für das Gesamtwohl und vor allem für die Erhaltung der gesamten Arbeiterschaft notwendigen Betrieb, wie den der Eisenbahn, durch Arbeits einstellen stillzulegen, sondern daß zu einem solchen Beschluß unter allen Umständen die Zustimmung der Gesamtvertretung aller Gewerkschaften erforderlich gewesen wäre. Für die dem ADGB und dem U. D. G. B. angeschlossenen Gewerkschaften besteht ein Beschluß dieser Art, wodurch die vorstehende Voraussetzung für einen Streik in ähnlichen lebensnotwendigen Betrieben festgelegt ist, schon seit langer Zeit.

Während dieser Ablehnung und Mißbilligung des sehigen U. D. G. B. der Eisenbahnbeamten wenden die beiden Bundesvorstände sich aber mit Entschiedenheit gegen die Verordnung des Reichspräsidenten und die Maßnahmen des Berliner Polizeipräsidenten. Heute mittag sind die beiden Bundesvorstände zu gemeinsamer Beratung zusammengetreten, in deren Mittelpunkt die von diesen Erlassen sich ergebenden Folgen stehen und in der auch in den Verhandlungen und der Beschlagnahme der Gelder Stellung genommen werden soll. Ein Ergebnis dieser Beratungen liegt bisher noch nicht vor. Doch wird bekannt, daß heute nachmittag eine Besprechung der Gewerkschaftsvertreter mit der Regierung stattfinden soll. Den Vätern, auch die Arbeiter und Angestellten der Privatindustrie zu Proteststreiken gegen die Reichsverordnung aufzufordern, stehen die beiden Bundesvorstände ablehnend gegenüber. Sie erwarten bestimmt, daß solche Streikparolen nicht befolgt werden.

## Die Streikenden verhandlungsbereit

Wie wir aus absolut zuverlässiger Quelle erfahren, ist die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner dauernd zu Verhandlungen bereit, es kommt dazu nicht, weil die Regierung sich rücksichtslos auf den wilhelminischen Machtpunkt stellt. Die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner ist weiter bereit, für die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung alle notwendigen Zugeständnisse zu machen. Die Regierung will das nicht, denn die Verordnung des Reichspräsidenten verbietet den streikenden Eisenbahnern jeden Eingriff in den Eisenbahnbetrieb. Es wird auch von den streikenden Beamten mit Recht darauf hingewiesen, daß die Technische Nothilfe ganz bestimmt mehr an den Anlagen ruinieren muß, als sie gut machen kann. Die elektrischen Stellwerke, die zum Freimachen der Weichenstrassen für Gü-

terzüge in Betrieb gesetzt werden müssen, erfordern die denkbar gutgeschultesten Beamten, ein Einsatz der Technischen Nothilfe in diese Betriebe würde einen derartigen Ruin der Anlagen bedeuten, daß selbst bei sofortiger Aufnahme der Arbeit durch die Streikenden zweifelle Lage nötig wären, um die Schäden des Eingreifens der Nothilfe zu beseitigen. Es liegt also völlig in der Hand der Regierung, durch ein vernünftiges Benehmen gegenüber den Streikenden sowohl die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung sicherzustellen, als auch die Anlagen vor einem schädlichen Eingriff durch ungeschulte Kräfte zu bewahren.

Durch die bürgerliche Presse ist die Mitteilung gegangen, daß einmal drei Millionen, zum anderen 600 000 Mark bei der Verhaftung des Vorstehenden Thema an Streikgebern beschlagnahmt worden seien. Es wird uns zuverlässig mitgeteilt, daß diese Geldsummen keine Streikgelder seien, sondern die Mittel der Wohlfahrtskassen, die die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner für die Beamten des besetzten Gebietes, für Fälle von Ausweisungen und dergleichen, unterhält. Sollte es nicht möglich sein, wegen der unberechtigten Beschlagnahme, die der Polizeipräsident Richter angeordnet hat, strafrechtlich gegen ihn vorzugehen, so behält sich die Reichsgewerkschaft auf jedem Fall vor, für die beschlagnahmten Gelder im zivilrechtlichen Verfahren Schadenersatz zu verlangen.

## Verschärfung der Lage

Durch das hartnäckige Verhalten der Regierung, die sich auf den brutalen Unternehmerstandpunkt stellt und gerade bei dieser Gelegenheit das demokratische Empfinden, das von ihr so oft betont worden ist, vollständig vermissen läßt, droht der Kampf der Eisenbahner sich außerordentlich zu verschärfen. Die Angestellten der Berliner Hoch- und Untergrundbahnen nehmen heute mittag zum Eisenbahnerstreik Stellung. Es ist anzunehmen, daß sie die sofortige Stilllegung des Betriebes beschließen werden. Die Eisenbahner im Bezirk Groß-Berlin sind dem gestrigen Streikbeschluß der Funktionäre ausnahmslos gefolgt, so daß jetzt auch die Betriebswerkstätten und alle sonstigen Unternehmungen der Eisenbahn stillliegen. Dazu kommt eine weitere Verschärfung durch die zu erwartende Einstellung des Betriebes in den städtischen Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerken. Die Verhandlungen sind bisher ergebnislos verlaufen, heute werden die Arbeiter ihr letztes Wort dazu sagen. Wenn also die Regierung und die anderen verantwortlichen Stellen nicht schleunigst einsinken, so steht eine Katastrophe des ganzen deutschen Wirtschaftslebens bevor.

Die Eisenbahndirektion Berlin teilt aus ihrem Bezirk folgendes mit, daß die Streiklage sich seit gestern abend dadurch verschärft habe, daß fast die gesamten Weichensteller und Aufsichtsbeamten der großen Rangier- und Güterbahnhöfe, sowie die dem D. E. B. angehörenden Arbeiter sich dem Streik angeschlossen haben. Es kreisen zur Zeit rund 98 Prozent des Lokomotiv- und Zugbegleitungspersonals, rund 80 Prozent der Weichensteller, etwa 20 bis 30 Prozent der Eisenbahnassistenten und Eisenbahnsekretäre und nahezu geschlossen alle dem D. E. B. angehörenden Arbeiter. Trotz weiterer Einsatzes der Technischen Nothilfe liegt infolge der geschädigten Verschlechterung der Verhältnisse der Güterverkehr ganz darnieder. Die Zuhaltung des geringen Kohleneinganges zu den Verbrauchsstellen ist ungewiß; auch die Aufrechterhaltung des übrigen lebenswichtigen Güterverkehrs ist stark in Frage gestellt.

## Protest gegen Ebert

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

Frankfurt a. M., 3. Februar.

Auf Veranlassung unserer Partei nahm eine Vertreterkonferenz der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen und der drei sozialistischen Parteien in Frankfurt Stellung zu dem Antistreikverbot des Reichspräsidenten. Unserer Vertreter verlangte, daß die Spitzenorganisationen der deutschen Arbeiterschaft im Reich aufgefordert werden sollten, bei der Reichsregierung ultimativ die Aufhebung der Antistreikverordnung zu fordern und im Weigerungsfalle die deutsche Arbeiterschaft zum Streik zur Verteidigung ihrer Grundrechte aufzurufen. Außerdem forderten sie eine große gemeinsame Protestkundgebung zum Zeichen, daß es der Frankfurter Arbeiterschaft ernst sei. Diese Forderungen wurden jedoch von der S. P. D. und der Mehrheit der Gewerkschaftsvertreter abgelehnt. Angenommen würde eine Resolution, in der der streikende Protest gegen die Verordnung des Reichspräsidenten als ein Angriff auf das Streikrecht der gesamten Arbeiterschaft erhoben wird. Zur Zeit findet eine Urabstimmung der Eisenbahner über einen gemeinsamen Streik aller Eisenbahnbediensteten statt. Eine Funktionärversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat die Haltung des Bezirksvorstandes, welcher Neutralität unter Ablehnung von Streikarbeiten proklamiert hatte, desavouiert, und fast einstimmig

beschlossen, von der Zentralverwaltung in Berlin die sofortige Ausgabe der Streikparole zu fordern. Die Streikneigung innerhalb der Arbeiterschaft ist zweifellos groß. Das Ortskartell des Deutschen Beamtenbundes hat die Sympathie der gesamten Beamtenschaft von Frankfurt für den Streik ausgedrückt und fordert unverzüglich Verhandlungen der Regierung mit dem Deutschen Beamtenbund.

## Der einzige Ausweg

Der „Vorwärts“ schreibt zu dem Streik:

„Der Streik der Eisenbahnbeamten ist eben ein Stück aus dem Chaos tragischer Konflikte, in das uns der Weltkrieg gestürzt hat. Bestimmten werden sagen, er sei eine Szene aus dem Untergang Europas, das mit unlöslichen Problemen ringt. Optimisten versichern, er sei eine jener vielen Krisen eines Uebergangsstadiums vor einem neuen Aufstieg. Soll aber das letztere wahr sein, dann ist zweierlei notwendig: Erstens darf der Staat nicht als Besiegter in diesem Kampf auf der Strecke liegen bleiben, und zweitens muß er für die Beamten tun, was er bei seiner elenden Lage überhaupt nur für sie zu tun imstande ist.“

Jeder, der es mit dem Volke und mit den Beamten selber gut meint, muß zum sofortigen Abbruch des Streiks raten. Dieser ungewerkschaftliche Streik ist ein Unheil, sein Zusammenbruch nach längerer Dauer bedeutet eine wirtschaftliche Katastrophe, sein Sieg bedeutet Ruin des Reichs. Er steht, was zusammen gehört auseinander, er zwingt Arbeitervertreter, Sozialisten in verantwortlicher Stellung zum Schutz des Ganzen gegen Arbeiter — und das sind in höherem Sinn die Beamten auch — Stellung zu nehmen. Er bedroht die Arbeiterbewegung mit neuer Zersplitterung, er schädigt die Beamten selbst, die durch ihn in Gegensatz zu einem großen Teil der Bevölkerung gebracht werden. Darum ist von den streikenden Beamten der heroische Entschluß zu verlangen, daß sie den Streik kurz abbrechen. Die Regierung aber kann den Streikenden diesen Schritt erleichtern, indem sie ihre Verordnungen, die in der Arbeiterschaft große Erregung hervorgerufen haben, zurücknimmt.“

Auch wir sind dafür, daß alle Mittel angewendet werden, um diesen Streik zu einem sehr schnellen Ende zu führen. Aber wir sind auch der Auffassung, daß Ratsschläge, die von außen her kommen, dazu sehr wenig geeignet sind. Die Wege, die zu einem solchen Ende führen, müssen durch die Organisationen in erster Ausprägung selbst gefunden werden. Wir begrüßen es daher, daß der U. D. G. B. sich der Angelegenheit angenommen hat. Er darf sich nicht auf Schritte bei der Regierung beschränken, sondern muß alle beteiligten Eisenbahnerorganisationen und die Spitzenkörper der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu einer Aussprache an den Verhandlungstisch bringen, um in gemeinsamer Beratung den Weg zurück zum Frieden zu finden. Nachdem die Angelegenheit durch die Verordnung der Regierung eine Angelegenheit der gesamten Arbeiterklasse geworden ist, sind auch nun alle maßgebenden Organisationen der Arbeiterklasse in gemeinsamer Arbeit befähigt wie berechtigt, den Ausweg zu bestimmen.

Obwohl sich gegen die Darlegungen des „Vorwärts“ manches einwenden ließe, wollen wir im gegenwärtigen Augenblick auf eine Polemik verzichten. Aber auch wir glauben, daß der Ausweg aus der jetzigen Situation um so leichter gefunden werden kann, je eher die Regierung durch die Aufhebung der Verordnung zu einer wesentlichen Entspannung der Lage beiträgt.

## Die Stellungnahme des D. E. B.

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes teilt uns zur Streiklage mit:

Nachdem einige Ortsgruppen im Lande, darunter auch Berlin, den Beschluß gefaßt haben, sich an dem Streik zu beteiligen, steht sich der Vorstand veranlaßt, nachstehendes festzustellen:

1. Der Streikbeschluß der Reichsgewerkschaft erfolgte ohne vorherige Verständigung mit dem D. E. B. und widerspricht somit allen gewerkschaftlichen Regeln.
  2. Seit Dienstag, den 24. Januar, finden im Reichsverkehrsministerium ohne Unterbrechung jeden Tag Verhandlungen über die Neuregelung der Uebertenerungszuschüsse statt. In diesen Verhandlungen sind ständig zwei Vertreter des Hauptvorstandes, ferner die Bezirksleiter und sonstige Funktionäre des Deutschen Eisenbahnerverbandes aus den einzelnen Bezirken beteiligt. Die Verhandlungen haben Erfolg gehabt, und soweit bisher für die erledigten Bezirke ein Resultat vorliegt, haben sie die Zustimmung der in Berlin anwesenden Funktionäre der Bezirke gefunden. Bei dieser Sachlage ist es ausgeschlossen, daß der Vorstand eine Streikparole herausgeben kann, um so weniger, als die Uebertenerungszuschüsse infolge einer Erklärung der Regierung auf die Beamten übertragen werden sollen.
  3. Auf Anregung des Vorstandes des Deutschen Eisenbahnerverbandes findet zur Zeit zwischen dem Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Reichsregierung Verhandlungen statt über die Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten.
- Im übrigen steht der Vorstand nach wie vor auf dem Standpunkt seiner Erklärung vom 1. Februar und verurteilt die Maßnahmen der Regierung und Behörden, die darauf gerichtet sind,



